

China am Ende die Atombombe am allerwenigsten zu fürchten hätte. Nicht zuletzt aber war die Papiertiger-Theorie eine Art Trostpflaster für einen Staat, der anfangs überhaupt keine Atombomben besaß und später - d.h. nach Erprobung seiner ersten Nuklearwaffe i.J. 1964 - immer nur einen zweitklassigen Rang einnahm. Es ist bezeichnend, daß auch die Sowjetunion seinerzeit, als sie den Amerikanern nuklear noch haushoch unterlegen war, eine ähnliche offizielle "Verachtung" für "die Bombe" gezeigt und verstärkt auf konventionelle Ausrüstung gesetzt hatte.

Vor allem während der Kulturrevolution, als die "Worte des Vorsitzenden" zu einem kaum noch reflektierten Zitatenschatz wurden, feierte die Papiertiger-Theorie in der offiziellen Darstellung der chinesischen Medien ihre Triumphe. Kein Wunder, daß es der sowjetischen Propaganda nicht schwer fiel, den "Maoisten" nukleare Kriegstreiberei in den Mund zu legen. Hierbei bedienten sie sich eines Tricks: Mao Zedong hatte bei seinem zweiten Aufenthalt in Moskau (1961) gefordert, daß die Länder des sozialistischen Blocks keine Angst vor den westlichen Nuklearwaffen haben dürften. Käme es nämlich wirklich zu einer nuklearen Auseinandersetzung, so würden zuerst die Angreifer selbst umkommen. Das chinesische Volk hätte zwar verheerende Verluste hinzunehmen, doch es würde überleben und am Ende mit allem Glanz eine neue sozialistische Gesellschaft aufbauen können. Man lasse sich also nicht durch "nukleare Erpressung" einschüchtern. Die Sowjetpropaganda stellte dies später so dar, als hätte Mao nach einem nuklearen Krieg geradezu gerufen!

Die Papiertiger-Theorie ist seit den späten siebziger Jahren gleichsam lautlos aus der offiziellen chinesischen Diskussion verschwunden, weil sich die chinesische Führung heute der Gefährlichkeit atomarer Auseinandersetzungen sehr wohl bewußt ist. In der Volkszeitung (5) heißt es, daß gegenwärtig auf der Welt Atombomben gelagert würden, deren Sprengkraft, zusammengenommen, etwa eine Million mal so stark sei wie die Hiroshima-Bombe. Die atomare Munition eines Trident-U-Boots komme der Sprengkraft aller im 2. Weltkrieg verschossenen Munition gleich. Gegenwärtig kämen auf jeden Erdenbewohner 3 to TNT. Sogar eine Stadt wie New York könne durch eine 20-Mt-Bombe ausgelöscht werden. Wer solche Zahlen an die Wand malt, denkt bei Atombomben bestimmt nicht mehr an einen Papiertiger!

b) Von der - unbeflußbaren - "Innenleitung" der Aufrüstung zur - beinflußbaren - "Außenleitung"

Noch eine weitere Grundannahme hat sich gewandelt: Noch in den Jahren des Maoismus ging die Auffassung dahin, daß der Rüstungswetlauf zwischen den Supermächten "innengeleitet" sei. Bei den USA erschien dies ohnehin selbstverständlich - weil systemspezifisch und im "militärisch-industriellen Komplex" begründet. Aber auch die Sowjetunion war, nachdem sie - aus chinesischer Sicht - ihren sozialistischen Charakter verloren hatte, in den Teufelskreis von Profitinteressen

und Rüstungswetlauf hineingeraten. U.a. ist die Behauptung, daß die Sowjetunion (nicht zuletzt aus Profit-sucht der Herrschenden) zum "größten Waffenhändler der Welt" geworden sei, in der chinesischen Propaganda durchgängig.

In der Zwischenzeit verschaffen sich die Vorstellungen von einem eher "außergeleiteten" Rüstungswetlauf Raum (6). Für die Aufrüstung gewinnen m.a.W. die Eigendynamik der Militärtechnologie und die Wirkungen der Rüstungskontrollverhandlungen zunehmendes Gewicht neben den - bisher ganz in den Vordergrund gestellten - systemspezifischen ökonomischen und politischen Triebkräften. Nur vor dem Hintergrund solcher stillschweigender Perzeptions-Wandlungen ist es zu verstehen, daß China heute von den beiden Supermächten eine Reduzierung ihrer Waffenbestände um 50% verlangt, daß es die Darstellungen über Ungleichgewichte in Europa in seinen Medien getreu wiederholt und daß es überhaupt zu einem der sorgfältigsten "Waffenzähler" geworden ist.

c) Von der Bestrafungs- zur Verhinderungsstrategie

Ein dritter Wandel in der Grundeinstellung zeigt sich in der chinesischen Strategieinterpretation. Um verständlich zu machen, was hier gemeint ist, sei zunächst auf eine analoge Diskussion innerhalb der NATO verwiesen. Dort gilt seit 1967 die Strategie der "flexible response", die jedoch noch nie einheitlich interpretiert worden ist. Ihre zwei wichtigsten Deutungen werden von Rattinger (7) als "Eskalationsstrategie" und als "Kriegsführungsstrategie" bezeichnet (klarer wären die Ausdrücke "Bestrafungs-" bzw. "Verhinderungsstrategie"). Oberstes Ziel beider Strategien ist zwar die Kriegsverhütung durch Abschreckung; während aber die Eskalationsstrategie den Gegner mit für ihn inakzeptablen Ex-post-Vernichtungsfolgen konfrontiert, kommt es der Kriegsführungsstrategie darauf an, ex ante jeden Angriff aussichtslos erscheinen zu lassen, da der Angegriffene auf jeder Stufe der Eskalationsleiter flexibel antworten kann. Für den "Eskalationsstrategen" spielt das genaue Aufrechnen von Waffen keine Rolle, solange die eine Seite nur in der Lage ist, notfalls die andere Seite vernichten zu können. Für den "Kriegsführungsstrategen" andererseits kommt es - angesichts der erwünschten Fähigkeit zur jeweils passenden "Antwort" - sehr stark auf die jeweiligen Waffengleichgewichte an.

Der chinesische Generalstab hat bis Ende der siebziger Jahre stets damit gerechnet, daß "der" Feind - mit dem noch allemale die Sowjetunion identifiziert wurde - nicht abgefangen werden könne und daß er deshalb nur mit Mitteln des Volkskriegs zu vernichten sei: Er könne zwar eindringen, werde am Ende aber im Meere des chinesischen Milliardenvolks "ertrinken"! Der strategische Grundsatz "Wir greifen nicht an; wenn wir aber angegriffen werden, so vernichten wir den Gegner" unterstellt, daß der potentielle Gegner nach China eindringt!

Die zunehmende Differenzierung der chinesischen Nuklearwaffen und Trägersysteme, nicht zuletzt aber die große Verbundübung der VBA im

Herbst 1980 entlang der potentiellen Einfallsschleuse in der Inneren Mongolei, zeigen, daß China heute den Gegner nicht mehr ins Land hereinkommen lassen, sondern ihn bereits an der Grenze abfangen möchte, da jede Strategie des "Ertrinkenlassens" mit ungeheuren Opfern an der Zivilbevölkerung, der Infrastruktur und der Wirtschaft erkaufte werden müßte. Noch ist die Strategie der "flexiblen Antwort" in China nicht offiziell formuliert worden; doch zeigen die Manöver und die Waffenbeschaffung implizit, daß Ansätze zu einem solchen Umdenken bereits vorhanden sind. Wollte man die oben angeführten Termini auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand anwenden, so könnte man sagen, daß sich China gegenwärtig in einem Prozeß befindet, der von der "Eskalations-" zur "Kriegsführungsstrategie" führt.

Diese Wandlung in drei Grundeinstellungen muß sich auf das Verhalten Chinas bei den Abrüstungsverhandlungen auswirken.

2. Das veränderte Auftreten Chinas bei den Abrüstungsverhandlungen; China im Lernprozeß

Mehrere Entwicklungsphasen machen deutlich, daß China sich gerade bei der Abrüstungsfrage jahrzehntelang in einem Lernprozeß befunden hat, in dem es sich, wie die oben bereits beschriebenen Wandlungen belegen, auch heute noch befindet.

a) 1949 ff.: Anlehnung an die sowjetischen Vorschläge

In den frühen fünfziger Jahren zollte Beijing den verschiedenen sowjetischen Abrüstungsvorstellungen Beifall und widersetzte sich allen Vorschlägen von Seiten nichtkommunistischer Staaten. Man ging, zumindest in der offiziellen Propaganda, davon aus, daß eine echte Abrüstung erst dann möglich sei, wenn die sozialistische Revolution in der ganzen Welt gesiegt habe. Der Akzent war also auf die Revolution, nicht auf Abrüstungsverhandlungen zu legen. China konnte sich eine solche Einstellung zu einer Zeit leisten, da es praktisch keine eigene Außenpolitik betrieb und sich in sämtlichen Belangen ganz auf Moskau verließ.

b) Im "Geiste von Bandung": Forderungen nach "nuklearfreien" und nach "Friedens"-Zonen

Chinas einseitige Anlehnung an die Sowjetunion begann sich seit dem außenpolitischen "Schlüsselerlebnis" von Bandung zu lockern. Beijing erwärmte sich nunmehr für Nehrus Vorschlag zur Schaffung von Friedenszonen. Zhou Enlai regte 1954 eine solche Zone im Bereich der drei indochinesischen Staaten an. Dort könne im Einvernehmen zwischen den drei Staaten, Frankreich und den Nachbarn ein "Gebiet kollektiven Friedens" geschaffen werden. Beijing dehnte diesen Vorschlag später auf alle Länder Asiens und der pazifischen Region, einschließlich der USA, aus. Die Staaten sollten sich zu einem Pakt kollektiver Sicherheit zusammenschließen, der die "antagonistischen Militärblocks" in diesem Bereich ersetzen könnte.

Diese "Friedenszonen"-Vorstellungen begannen sich nach und nach zu Kon-

zepten "atomfreier Zonen" zu wandeln. So schlug beispielsweise die chinesische Regierung 1958 die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Asien und den Abschluß eines kollektiven Friedensvertrags vor (8).

Voll entwickelt erschien dieses Zonenkonzept dann in dem ersten systematischen Abrüstungsvorschlag der chinesischen Regierung vom 31. Juli 1963, der als Antwort auf den eine Woche vorher unterzeichneten amerikanisch-britisch-sowjetischen Vertrag über die teilweise Einstellung von Nukleartests gedacht war.

e) Die ersten systematischen Abrüstungsvorschläge Chinas (1963/64)

In der "Erklärung" vom 31. Juli 1963 (9) wird der Vertrag über den teilweisen Verzicht auf Nukleartests als "großer Betrug" bezeichnet und ein Gegenvorschlag gemacht, der aus drei Punkten besteht:

Erstens sollen alle Länder der Welt, ob Atomwaffenbesitzer oder -nichtbesitzer, feierlich erklären, daß sie Atomwaffen entweder verbieten oder aber total zerstören wollten und daß sie auch für die Beseitigung von einschlägigen Transportsystemen, Forschungseinrichtungen etc. sorgen würden.

Als Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels werden zweitens vier Punkte genannt: Abbau aller militärischen Basen, einschließlich der nuklearen Basen, auf fremdem Boden; Einrichtung von nuklearfreien Zonen in der asiatisch-pazifischen Region (einschließlich USA, Sowjetunion, China und Japan), in Zentraleuropa, in Afrika und in Lateinamerika; Verzicht auf die Ein- oder Ausfuhr von nuklearen Waffen und einschlägigen technischen Unterlagen; Einstellung aller Atombombentests, auch der unterirdischen.

Drittens wird eine Gipfelkonferenz aller Regierungen vorgeschlagen, die die Punkte 1 und 2 zu konkretisieren hätte.

Nachdem China am 16. Oktober 1964 seine erste Atombombe erprobt hatte - diese Maßnahme stand eigentlich im Widerspruch zum geforderten Totalverbot nuklearer Entwicklungen und Tests -, erklärte es zweierlei: Die Bombe diene nur der Verteidigung, und außerdem werde die Volksrepublik "zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste nukleare Waffen einsetzen".

Darüber hinaus setzte sich die chinesische Regierung nach wie vor für die Gipfelkonferenz aller Länder mit dem Ziel des totalen Verbots und der totalen Zerstörung aller Atomwaffen ein. Als "erster Schritt" müsse zwischen den Ländern ein Abkommen erreicht werden, durch das die einzelnen Mächte zu der Erklärung verpflichtet werden sollen, daß sie keine Atomwaffen einsetzen; weder gegeneinander noch gegen nichtnukleare Länder (10).

Zusammenfassend: Die chinesischen Abrüstungsvorstellungen Mitte der sechziger Jahre bestanden also aus vier ausgesprochenen und einem unausgesprochenen Element.

Ausgesprochen: Totalverbot und Totalvernichtung von Nuklearwaffen; Gip-

felkonferenz aller Länder; umfassende politische Einbettung (Militärbasen); Anwendungsverzicht als erster Schritt. Unausgesprochen: Papiertigernatur der Nuklearwaffen.

d) Chinas Abrüstungsvorstellungen seit dem Beitritt der Volksrepublik zur UNO (1971 ff.)

1971 wurde die Volksrepublik ("wieder", wie es in den offiziellen Verlautbarungen hieß) Mitglied der UNO. Am 24. November 1971 hielt der damalige Außenminister Qiao Guanhua auf der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung eine Rede, in der er die von der Sowjetunion vorgeschlagene Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz ablehnte und gleichzeitig den prinzipiellen Standpunkt der chinesischen Regierung zur Abrüstungsfrage darlegte. Der Beitrag umfaßte sechs Punkte:

Erstens: China befürwortete seit eh und je die Abrüstung. Bei Abrüstungsmaßnahmen müsse allerdings zwischen Aggressor und Opfer der Aggression, zwischen Drohendem und Bedrohtem unterschieden werden. Zuerst hätten also die Supermächte eine Abrüstungsvorleistung zu erbringen.

Zweitens sei eine wirkliche, nicht nur eine Scheinabrüstung nötig. Den Weg dazu weise die chinesische Erklärung von 1963 (oben zitiert). Nach wie vor schlage die chinesische Regierung folgende Erklärung vor: "Alle Länder der Welt, ob sie Kernwaffen besitzen oder nicht, erklären feierlich das allseitige, gründliche, restlose und entschiedene Verbot der Kernwaffen und deren Vernichtung. Konkret gesprochen, bedeutet das: Keine Kernwaffen anzuwenden, sie weder aus- noch einzuführen, keine Kernwaffen zu erzeugen, keine Versuche mit ihnen anzustellen und sie nicht zu speichern. Alle vorhandenen Kernwaffen in der Welt und ihre Trägermittel müssen insgesamt vernichtet, alle bestehenden Institutionen, die sich mit Kernwaffenforschung, -versuchen und -erzeugung befassen, aufgelöst werden." An diesen Maßstäben gemessen seien die bisherigen Verträge über das partielle Verbot von Kerntests und der Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen nur Stümperwerk.

Drittens hätten die Besitzer von Atomwaffen die feierliche Verpflichtung zu übernehmen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden und vor allem auf kernwaffenfreie Zonen und Friedenszonen Rücksicht zu nehmen. U.a. dürften auch keine Kernwaffenstützpunkte im Ausland (oder auf Schiffen) errichtet werden.

Viertens habe China Kernwaffen nur gezwungenermaßen zur eigenen Verteidigung entwickelt. Es bekenne sich außerdem seit langem zum Erstanwendungsverzicht.

Fünftens sei eine Weltgipfelkonferenz einzuberufen, die sich mit der Frage des allseitigen Verbots und der restlosen Vernichtung von Kernwaffen zu befassen und konkrete Maßnahmen zu beschließen hätte.

Sechstens wende sich China gegen die von der Sowjetunion vorgeschlagene Weltabrüstungskonferenz, die ja nur zu einem "Permanenzclub" werde, wo ins Endlose diskutiert wird und außerdem

nur wenige Staaten beteiligt sind" (11).

Gegenüber den vier Elementen von 1963/64, auf die in der neuen Erklärung ja ausdrücklich verwiesen wurde, findet sich wenig Neues, sieht man einmal von drei Punkten ab:

- Zum einen stellt China klar, daß Abrüstung nicht jeden Staat in "gleichmacherischer" Weise trifft, sondern daß die Supermächte gefälligst mit gutem Beispiel voranzugehen hätten. Im gleichen Atemzug wird zwischen Angriffs- und Defensivwaffen unterschieden und damit eine neue Dimension in die Abrüstungsdiskussion eingeführt.

- Ferner enthält die neue Erklärung eine Differenzierung des "allseitigen Verbots": Nuklearwaffen sollten nicht produziert, eingeführt und ausgeführt, eingesetzt, getestet, gelagert und erforscht werden.

- Schließlich wird der Konferenzvorschlag der Sowjetunion zurückgewiesen, ebenso wie schon vorher die Verträge von 1963 (teilweiser Teststopp), von 1967 (Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums) und 1968 (gegen Weiterverbreitung von Atomwaffen). China wandte sich m.a.W. gegen Teillösungen, die es als "Stückwerk" ablehnte, und verlangte die totale und umfassende Lösung, wobei man sich in Beijing möglicherweise von vornherein bewußt war, daß diese Haltung des "Alles oder nichts" jede praktische Lösung verbauen würde, daß es sich hier also mehr um Propaganda als um "Außenpolitik" handle.

e) 1972 ff.

In den Jahren nach dem ersten "großen Paukenschlag" von 1971 legte China stets besonderen Wert auf die Arbeit des Ersten Ausschusses, in dem die Abrüstungsprobleme behandelt wurden. 1972 elaborierten die Chinesen die Frage der Abrüstungspflichtigkeit; Rüstungen an und für sich bewirkten ja noch keinen Krieg; wichtiger sei die Frage, wer gerüstet sei. Aufrüstung mit Defensivwaffen habe mit "Rüstungswettlauf" nichts zu tun. Abrüstungs-Appelle könnten sich vorerst nur an die Großbesitzer von Waffen richten. Aus diesem Grunde könne auch der Weltabrüstungskonferenz nach sowjetischem Wunsch nicht stattgegeben werden. 1972 und 1973 begrüßten die Chinesen vor allem die Errichtung einer "Friedenszone" im Indischen Ozean. 1974 sprach sich Beijing gegen die Vorschläge der "Supermächte" aus, eine weltweite Rüstungskontrolle mit der Einstellung aller Kernwaffentests zu beginnen; desgleichen schlossen sie sich der Forderung mehrerer lateinamerikanischer Staaten an, in Teilen Lateinamerikas eine atomwaffenfreie Zone zu errichten - ebenso übrigens wie in Mittelost (Pakistan, Iran etc.) und in Südasien sowie in Südostasien (12). 1976 wandte sich der chinesische Vertreter besonders engagiert gegen den sowjetischen Vorschlag zur Erörterung eines Vertrags über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen. Es handle sich hier um einen "neuen Schwindel erster Ordnung". Erneut wurden Vorleistungen der Supermächte auf dem Abrüstungsgebiet gefordert (13).

f) Der chinesische Gesamt- abrüstungsvorschlag von 1979

Der bisher systematischste und umfassendste Vorschlag für ein Gesamtabrüstungsprogramm wurde von China am 15. Mai 1979 bei der ersten Sitzung der UNO-Abrüstungskommission vorgelegt.

Der chinesische Delegierte Lai Yali verwies zunächst auf das ständige Wettrennen der beiden Supermächte. Die Gesamtsumme der Rüstungsausgaben sei 1978 auf über 100 Mrd. US\$ gestiegen und übertrafe die Rüstungsausgaben der anderen 150 Länder der Erde. Dagegen seien entschiedene Maßnahmen erforderlich.

Chinas neue Vorschläge waren in drei Teile untergliedert, die unter den Überschriften "Ziel", "Hauptprinzipien" und "Hauptmaßnahmen" standen (14).

aa) Ziel:
Maßnahmen für einen realen Abrüstungsfortschritt und Verhinderung eines neuen Weltkriegs sowie bewaffneter Aggressionen.

bb) Hauptprinzipien:

- friedliche Koexistenz und Antihegemonismus.
- Die beiden Supermächte müssen als erste abrüsten, die anderen Staaten folgen mit angemessenem zeitlichen Abstand.
- Konventionelle und nukleare Abrüstung müssen Hand in Hand gehen. Biologische und chemische Waffen und andere Massenvernichtungswaffen sind vollständig zu verbieten.
- Die eingesparten Rüstungsgelder sollen den Entwicklungshilfefonds zugute kommen.
- Die Abrüstung verhindert nicht die Entwicklung der Atomnutzung für friedliche Zwecke.
- Flankierung der Abrüstungsmaßnahmen durch regionale Teilmaßnahmen, z.B. Gründung von Friedens- und atomwaffenfreien Zonen, die frei sein sollen von der Rivalität der Supermächte.
- Demokratische Handhabung des Abrüstungsprozesses.
- Stärkung des Einflusses der UNO auf die bilateralen und multilateralen Abrüstungsverhandlungen.
- Wirksame Kontroll- und Überprüfungsmaßnahmen.
- Mobilisierung aller Menschen für den Friedenskampf

cc) Die Hauptmaßnahmen:

- Erstens: Kernwaffenabrüstung
Endziel ist das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung aller Kernwaffen und ihrer Trägersysteme.
- Bis zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Nichtanwendung von Kernwaffen sollen sich alle Atomkräfte, vor allem die Supermächte, bedingungslos verpflichten, gegen Staaten ohne Kernwaffen und gegen kernwaffenfreie Zonen keine Kernwaffen einzusetzen oder ihnen damit zu drohen.
- Sofortige Einstellung des nuklearen Wettrennens und stufenweise Reduzierung des bestehenden Arsenal. Die kleineren Atomkräfte folgen den Supermächten hierbei in angemessenem zeitlichen Abstand.

Zweitens: Reduzierung der konventionellen Waffen

- In einem ersten Stadium ziehen die beiden Supermächte alle im Ausland stationierten Truppen zurück und schleifen ihre Militärbasen auf fremdem Boden.
- Die beiden Supermächte reduzieren drastisch ihr konventionelles Waffenkontingent. In angemessenem zeitlichen Abstand folgen ihnen die militärisch stärkeren Staaten mit analogen Abrüstungsmaßnahmen.

Drittens: Verbot chemischer und biologischer Waffen

- Am Ende sollen alle B-C-Waffen allseitig verboten und restlos vernichtet werden. Als ersten Schritt verpflichten sich alle Staaten, keine B-C-Waffen einzusetzen.
- Verhandlungen über eine Konvention zum allseitigen Verbot und zur vollständigen Vernichtung der B-C-Waffen.

Viertens: Verbot von neuen Massenvernichtungsmitteln: Forschung, Entwicklung und Herstellung sind zugleich einzustellen.

Fünftens: Errichtung von Friedenszonen

- Errichtung einer "Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität" in Südostasien; Rückzug aller ausländischen Truppen, Schleifung ausländischer Militärbasen.
- Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone.
- Verwandlung des Mittelmeers in eine Friedenszone gemäß dem Wunsch der dortigen Völker.

Sechstens: Kernwaffenfreie Zonen

- Alle Atomkräfte respektieren den Status der kernwaffenfreien Zonen und verpflichten sich, keine Kernwaffen dort einzusetzen.
- Der Status der kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika ist allseits zu respektieren.
- Gemäß dem Wunsch der Staaten der jeweiligen Regionen sollen kernwaffenfreie Zonen in Mittelost, Afrika, Südasien und anderen Regionen eingerichtet werden.

Dieser systematische Gesamtabrüstungsvorschlag war eine Zusammenfassung der seit 1963 vorgebrachten und "erlernten" Argumente. Neu an ihm war die Umleitung eingesparter Rüstungsgelder in die Entwicklungshilfe (eine Woche, ehe dieser Vorschlag gemacht wurde, hatte in Manila die V. UNCTAD-Konferenz begonnen, in der die Chinesen eine neue Weltwirtschaftsordnung forderten; Näheres C.a., Mai 1979, S.542, U 20), ferner der starke Akzent, der auf die chemischen und biologischen Waffen gelegt wurde, und die ausdrückliche Betonung der Forderung, daß die Atomnutzung für friedliche Zwecke durch Abrüstungsmaßnahmen nicht betroffen werden dürfe.

Die Hervorhebung des "Antihegemonismus" und der "demokratischen Handhabung des Abrüstungsprozesses" waren zwar nicht neu, wohl aber in dieser Form neu formuliert worden.

g) Vergleich des 1982er Vorschlags mit früheren Vorstellungen

Die unter I. vorgebrachten Einzelpunkte des neuesten chinesischen Abrüstungsvorschlags von 1982 unterscheiden sich von der 1979er Version im wesentlichen nur durch das chinesische Reduktionsangebot.

Worauf China bei seinen jetzigen Abrüstungsvorstellungen besonderen Wert zu legen scheint, sind drei Punkte, die in der Tat auch in einem Volkszeitungsartikel (15) besonders nachdrücklich hervorgehoben werden: Es komme nicht auf das "Ob" der Abrüstung an (jeder Staat der Welt will angeblich lieber heute als morgen abrüsten), sondern vielmehr auf das "Wer zuerst" und auf das "Wie". Die Antwort Chinas: Zuerst hätten die Supermächte abzurüsten, und es sei ferner abzurüsten im Verbund von nuklearen und konventionellen Waffen sowie in enger Tuchfühlung zwischen Abrüstung und Besserung der gesamten internationalen Situation.

Schon 1979 betonte China, daß zuerst die "Superarsenale" der beiden Supermächte zu reduzieren seien. Das sog. "equal-security"-Prinzip, das von einigen Abgeordneten vertreten werde, sei schärfstens zurückzuweisen. Alle Staaten hätten zwar das gleiche Mitspracherecht in Abrüstungsfragen; bei der Abrüstung selbst jedoch seien, wie gesagt, zuerst die Superarsenale abzubauen (16). Dieser Standpunkt wird auch heute noch wiederholt. Die Supermächte sind im Abrüstungsbereich also nach wie vor zu Vorleistungen aufgerufen.

Bei der Frage nach dem "Wie" wird heute besonderer Wert auf die Mitberücksichtigung der konventionellen sowie der B-C-Waffen gelegt. Auch im konventionellen Bereich hätten die Supermächte vorzuleisten.

Schließlich könne auch nicht über Abrüstung gesprochen werden, solange Fragen wie Afghanistan und Kambodscha wegen massiver Einmischung der Sowjetunion nicht gelöst seien. Die Theorie könne ganz einfach nicht von der gegenwärtig herrschenden Praxis abgetrennt werden.

h) Zusammenfassung

Vergleicht man die Abrüstungsvorschläge, wie sie in China im Zeitraum von zwanzig Jahren (1963-1982) vorgebracht worden sind, so lassen sich folgende Verschiebungen und Konstanten erkennen.

Verschiebungen:

- Von (als solchen kaum realistischen) Maximalforderungen (wie Totalzerstörung, Totalverbot, Gipfelkonferenz aller Länder) zum Gradualismus (50%-Reduktionsformel);

- von der Ost-West-Dimension zur Einbettung in das Nord-Süd-Rahmenwerk;

- von der Denuklearisierung zur allgemeinen Abrüstung (die auch konventionelle, bakteriologische und chemische sowie sämtliche künftigen Massenvernichtungsmittel umfaßt);

- vom allgemeinen Verbot nuklearen Installationen zu einer differenzierteren

Betrachtungsweise (insofern nämlich jetzt Bereiche der zivilen Nuklearforschung von dem allgemeinen Verbot ausgenommen werden).

Konstanten:

Gleichgeblieben sind demgegenüber - die Forderung nach Demokratisierung der Abrüstungsberatungen (scil.: Aufwertung der UNO-Generalversammlung, Demokratisierung der einschlägigen Ausschüsse und "Aufklärung der Völker der Welt über das Wettrüsten der Supermächte" etc.);

- und weiterhin die regionale Komponente: Die Forderungen nach Friedens- und nuklearfreien Zonen gehören mit zu den ältesten Abrüstungsforderungen der VR China überhaupt.

III. Der Wandel hinter den chinesischen Abrüstungsvorstellungen

1. Zunehmender Gradualismus: u.a. Ablehnung von SALT, gedämpfter Beifall für START

Hatte China in den sechziger und siebziger Jahren noch Maximalforderungen gestellt (Gipfelkonferenz aller Länder, restlose Vernichtung aller Nuklearwaffen), so haben sich in seinen Argumenten nach und nach immer mehr Differenzierungen eingestellt. Die alten Höchstforderungen tauchen zwar nach wie vor auf, aber nur noch als Endziele. Inzwischen werden auch kurz- und mittelfristige Zwischenziele angegeben, so z.B. die 50%ige Reduzierung der Nuklearwaffen, wie sie im neuesten Vorschlag enthalten ist. Auch lehnt China heute nicht mehr von vornherein Teilabmachungen ab, sondern begrüßt sie grundsätzlich, wie z.B. die seit Ende Juni 1982 laufenden Verhandlungen zur Verminderung strategischer Waffen (START). Chinas Zugriff auf die Abrüstungsproblematik ist also gradualistischer - sprich: pragmatischer - geworden.

Jahrelang machte sich Beijing über den "Entspannungs"-Hokuspokus der beiden Supermächte in Form der SALT-, der MBFR-, der KSZE-Foren etc. lustig. Fast all diese Verhandlungen seien ohne greifbares oder ohne brauchbares Ergebnis geblieben, so z.B. der "Vertrag über das teilweise Verbot von Kernwaffentests", die seit 1977 laufenden Gespräche über das allseitige Verbot von Kernwaffentests, ferner die Verhandlungen über die Einschränkung und Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean (Beginn der Gespräche im Juni 1977), die Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR: Gespräche zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt seit Oktober 1973 in Wien mit dem Ziel einer "ausgewogenen Abrüstung" in Mitteleuropa), des weiteren über die Verhandlungen zur Kontingentierung des Verkaufs konventioneller Waffen (amerikanisch-sowjetische Gespräche seit Dezember 1977) und über die Verhandlungen zum Verbot von B- und C-Waffen etc.

Besonders kritisch betrachtet Beijing die SALT-Verhandlungen. SALT I dauerte von November 1969 bis Mai 1972. Im Abkommen wurde die Zahl der damals gerade existierenden strategischen Kernwaffenträger beider Seiten für fünf Jahre eingefroren. Hinsicht-

lich der Qualität der Raketen, insbesondere der Zahl und Beschaffenheit der Atomsprengköpfe, seien jedoch, wie China kritisch hervorhebt, keine Schranken gesetzt worden, ebensowenig für strategische Langstreckenbomber (Näheres C.a., Mai 1979, Ü 18). Auch die SALT-II-Gespräche, in deren Rahmen zwischen November 1972 und Mai 1979 nicht weniger als 291 Sitzungen stattfanden, hätten sich als wenig wirksam erwiesen. Die chinesische Presse (17) zerfetzte das Vertragswerk in tausend Stücke:

- Das Abkommen habe z.B. nur eine quantitative "Obergrenze" festgelegt, die jedoch eigenartigerweise höher gelegen habe, als der damalige Besitzstand beider Supermächte. Außerdem habe der Vertrag keineswegs die Entwicklung neuer land- und seegestützter Raketen verboten. Am Ende habe sich SALT II eher als Waffenvermehrungs- denn als Waffenverminderungsabkommen erwiesen.

- Ferner habe der Vertrag keinerlei Grenzen für die Verbesserung der Qualität, der Treffsicherheit und der Lenksysteme für strategische Kernwaffen festgelegt.

- Des weiteren seien die eurostrategischen Waffen nicht unter die Begrenzungsbestimmungen gefallen. SALT II habe m.a.W. nur die strategischen Potentiale der beiden Supermächte (stückwerkhaft) behandelt und die Frage der sowjetischen konventionellen sowie taktischen Überlegenheit in Europa vollkommen ausgeklammert. Vergessen worden seien ferner so verheerende "eurotaktische" Waffen, wie die SS-20-Mittelstreckenrakete und die sowjetischen Backfire-Bomber, gar nicht zu reden von den 8.000 sowjetischen Kampfflugzeugen, den 20.000 Stück Feldartillerie, den 50.000 Panzern und den 4,4 Millionen sowjetischen Soldaten.

- Auch die Frage der gegenseitigen Überwachung beider Supermächte sei höchst vage geregelt. SALT II sei m.a.W. ein "Betrugsmanöver".

Unter diesen Umständen war es durchaus überraschend, wenn China die Ende Juni 1982 beginnenden START-Gespräche grundsätzlich begrüßte. Ministerpräsident Zhao Ziyang erklärte während seines Japan-Besuchs, daß China die Verhandlungen begrüße und unterstütze, daß es aber wünsche, daß nicht nur die nuklearen, sondern auch die konventionellen Waffen miteinbezogen würden. Gleichzeitig zeigte sich Zhao gegenüber den potentiellen Ergebnissen allerdings höchst skeptisch. "China ist nicht gegen diese Verhandlungen. Aber uns scheint, daß sie immer auf Schwierigkeiten stoßen und nicht zum Kern der Sache kommen können, geschweige denn dazu beitragen, die gegenwärtige Weltlage zu entspannen." Der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte liege in Europa. Die Sowjetunion habe dorthin 250 SS-20-Raketen ausgerichtet, während die amerikanischen Mittelstreckenraketen erst noch aufgestellt werden müßten. Grundproblem der Verhandlung seien die verschiedenen Vorstellungen über Unter- oder Überlegenheit, über die man sich einfach nicht einigen könne (18).

2. Wandlungen in der Auffassung von der "Unvermeidbarkeit von Kriegen" sowie in der Einstellung zur "Friedensbewegung"

Lange Zeit gehörte es in der öffentlichen Diskussion der VR China zu den unverrückbaren Erkenntnissen, daß

- erstens Kriege (einschließlich des 3. Weltkriegs) unvermeidbar seien: Der Antagonismus beider Supermächte steuere darauf zu;

- daß zweitens die Atombombe den Charakter des Krieges qualitativ keineswegs ändere (der Krieg bleibt qualitativ stets derselbe, weil er sich zwischen Gruppen vollzieht, die verschiedenen Klassen angehören. Maßgebend für die Kriegsführung ist daher die "geistige Atombombe" politisch bewußter Kämpfer, nicht die physische Atombombe);

- daß drittens die Vermeidung von Kriegen auch nicht unbedingt wünschbar sei - insofern nämlich Verteidigungskriege stets "gerecht" seien und deshalb geführt werden müßten;

- und daß schließlich viertens Friedensbewegungen aller Art wertlos seien. China selbst zog sich im Juni 1966 aus dem (damals gerade in Genf tagenden) Weltfriedensrat zurück. Damit hörte auch das Nationale Chinesische Friedenskomitee praktisch zu existieren auf. China verließ ferner 1966 auch die Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben (die Konferenz tagte damals zum zwölften Mal in Japan).

a) Beifall für die Friedensbewegung

Kein Wunder, daß die Chinesen auch mit der zunächst in Westeuropa ankommenden Friedensbewegung wenig anzufangen wußten. Ein chinesischer Kommentator beklagte beispielsweise noch im Oktober 1981 (19) den "Pazifismus", der gerade in Westdeutschland - dem "Schlüsselpunkt" für die Raketenkonfrontation - als Bremsfaktor zutage trete und der die Bonner Regierung unter "schweren Druck" bringe. Dieser "Pazifismus" komme einer "neutralistischen und Anti-US"-Linie nahe und hindere die westeuropäischen Regierungen daran, geeignete Verteidigungsentschlüsse zu fassen und durchzuführen. Die Sowjetunion habe ihre Chance hier schnell erfaßt und mit ihren heulerischen "Friedens"-Vorschlägen und ihrer "Friedensoffensive" Öl in das Feuer gegossen.

Die Friedensbewegung erfuhr also zunächst in China eine recht negative Bewertung. Dies hat sich inzwischen geändert. Schon unter Punkt 10 der i.J. 1979 vorgeschlagenen "Hauptprinzipien" zur Gesamtabrüstung (dazu oben II/2/f) war ja eine Massenbewegung für den Frieden gefordert worden. China hätte also eigentlich allen Grund gehabt, gleich von Anfang an schon die Friedensbewegung in Europa willkommen zu heißen. Es ließ sich damit allerdings einige Zeit. Erst nachdem die Bewegung auch auf Japan und die USA übergegriffen hatte, fand sie auch in China zunehmend wohlwollende Kommentare.

Zwei Gründe seien vor allem für die Entstehung der Bewegung maßgebend,

nämlich zum einen die Friedenssehnsucht der Völker, die sich durch die Abrüstungs-Scheinverhandlungen betrogen fühlen und - ganz ähnlich übrigens wie die chinesische Regierung seit Jahren - nun endlich eine echte Abrüstung forderten. Die neue Genfer Abrüstungsrunde über die Beschränkung der Mittelstreckenraketen in Europa sei nicht zuletzt auch durch die Friedensbewegung veranlaßt worden.

Ein anderer Grund sei die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den westlichen Ländern. Die Bevölkerung dort wünsche, daß in Zukunft weniger Geld in die Rüstung und mehr Geld in die Sozialhaushalte fließt.

Ihrem Charakter nach sei die Friedensbewegung keineswegs "pazifistisch". Selbstverständlich gebe es auch einige echte Pazifisten unter den Aktiven, die behaupten, daß das Leben - wie es auch immer aussehe - auf alle Fälle besser sei als ein Krieg. Andere Menschen jedoch nähmen an der Friedensbewegung teil, weil sie gegen die Stationierung der neuen Kernwaffen durch die USA oder gegen die Aufrüstung der Sowjetunion protestieren, oder aber weil sie beispielsweise eine nuklearfreie Zone in Nordeuropa wünschen. Die Friedensbewegung verfolge also die verschiedensten Ziele und habe deshalb nur am Rande mit "Pazifismus" zu tun. Beide Supermächte versuchten zwar die Friedensbewegung jeweils auf ihre Mühlen zu lenken, könnten jedoch - angesichts ihrer de facto weiterlaufenden Aufrüstung - auf lange Sicht die Friedensbewegung nur gegen sich haben (20). Beijing sieht in der Friedensbewegung also eine autonome Kraft, die sich am Ende gegen beide Supermächte wenden werde. Sie sei eine "gigantische, gegen den Rüstungswettlauf der beiden Großmächte USA und UdSSR gerichtete Strömung" (21) (vielfältiges Spektrum). Die Friedensbewegung ist m.a.W. trotz ihres vielfältigen Spektrums am Ende eine "antihegemonistische" Kraft und als solche ein natürlicher Verbündeter Chinas. China stört sich auch nicht daran, daß sich die westeuropäische Friedensbewegung eher gegen die USA als gegen die Sowjetunion richtet. Seit neuestem nämlich (vgl. die außenpolitischen Erklärungen Zhao Ziyangs in Japan) neigt Beijing dazu, die USA und die Sowjetunion wieder auf eine Stufe zu stellen und sich "von beiden Supermächten" gleich weit zu distanzieren. Manche Beobachter sprechen in diesem Zusammenhang bereits wieder von Chinas "Heimkehr nach Bandung" (22); eine solche Bewertung geht sicherlich zu weit, da die momentane Abwendung von den USA wohl mehr ein taktisches Manöver der Chinesen ist, das u.a. durch die amerikanische Taiwan-Politik ausgelöst wurde.

Keinesfalls aber ist es den Chinesen entgangen, daß "Frieden" für die Teilnehmer der Friedensbewegung u.a. gegen die "bipolare Herrschaftsteilung" in Europa gerichtet ist, wie sie seit Jalta festliegt. Die Friedensbewegung ist danach nicht bereit, gesicherte Einflüßbereiche nach Art der Pax Sovietica oder Pax Americana festzuschreiben, sondern vollzieht sich als dynamischer Prozeß hin zum "offenen" Frieden im Sinne der Einen Welt. Die Friedensbewegung geht auch davon aus, daß der Friede unteilbar sei:

Entweder ist er weltweit oder es gibt ganz keinen. Diese Ansicht entspricht ganz der chinesischen Forderung, daß ohne Lösung der Afghanistan-, der Kambodscha- oder anderer Fragen kein Abrüstungsgespräch sinnvoll sei.

Andererseits scheint China in seiner neuen Begeisterung für die Friedensbewegung zu übersehen, daß diese Bewegung - mit nur 2% der Bevölkerung z.B. in der Bundesrepublik - noch keine entscheidende gesellschaftliche Kraft ist (23).

b) Der Krieg - vermeidbar

Geändert hat sich auch die chinesische Auffassung zur These von der Unvermeidbarkeit des Krieges - und zwar stillschweigend. Wie Beijing immer wieder erklärt, braucht China eine friedliche internationale Umwelt, um seinen Modernisierungskurs durchführen zu können. Man hat offensichtlich erkannt, daß der Weltfrieden unvermeidlich - weil eine Lebensbedingung des technischen Zeitalters - ist. Schon die Tatsache, daß China neuerdings die Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa (START) grundsätzlich begrüßt (wenn auch skeptisch beurteilt) (24) spricht Bände. Über SALT hatte man noch ganz anders geurteilt!

c) Die Atombombe - ein echter Tiger

Des weiteren zeigt der oben bereits erwähnte Hinweis auf die Tatsache, daß jeder Erdenbewohner heute mit statistisch 3 t TNT-Sprengstoff bedroht ist, daß die Atombombe die Qualität des Kriegs durchaus verändert hat - auch in der chinesischen Perception. (Näheres oben II/1/a)

d) Die Vermeidung von Kriegen - wünschbar

Schließlich ist man - ebenso stillschweigend wie bei den anderen Punkten - inzwischen davon abgerückt, die Vermeidung eines Kriegs nicht mehr für wünschbar zu halten. Bis in die siebziger Jahre hinein verfolgte China ja eine Politik der "Linken Strategie" (25), bei der es darauf abzielte, möglichst viele Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt gegen ihre eigenen Regierungen zu unterstützen. Diese Unterstützungspolitik war aus der damaligen chinesischen Sicht "gerecht", weil sie nicht etwa Konflikte erzeugte, sondern nur schwelende ("latente") Konflikte aufdeckte. Subversive Maßnahmen, die die Befreiung förderten, waren aus der damaligen Sicht nicht Friedensstörungen, sondern ganz im Gegenteil erste Schritte auf dem langen Marsch zum wirklichen Frieden; denn nur durch revolutionäre Selbstbefreiungsakte könnten die antagonistischen Widersprüche einer Gesellschaft ausgeschaltet werden. Befreiungsaktionen dieser Art galten als eine Form der organisierten Verweigerung gegenüber den verschiedensten Formen struktureller Gewalt, die als patriarchalische Familienverhältnisse, als Verweigerung von Partizipationsrechten, als verdummende Informationspolitik oder als repressive Gesellschaftsstrategien in Erscheinung treten. Befreiungskriege, politische Streiks, Guerillaaktionen und Demonstrationen der Volksmassen gegen ihre jeweiligen "reaktionären" Regierungen galten demzufolge lediglich als Notwehrmaßnahmen gegen strukturelle Gewaltakte. Logischerweise konnte auch

die Unterstützung solcher Emanzipationsbewegungen durch China lediglich als "Notwehrhilfe" qualifiziert werden.

Für Notstände, die durch strukturelle Gewalt bedingt sind, gibt es, genauso wie bei Krankheiten, zwei Möglichkeiten: Man kann die Krankheit am Herd anpacken oder man kann äußerlich an ihnen herumkurieren. China plädierte für das "Anpacken". Paradoxierte war so ein wirklicher Friede häufig nur durch einen revolutionären Krieg zu erreichen, der die alte Gesellschaftsordnung und ihre Ungerechtigkeiten hinwegfegte. Dies war mit Mao Zedongs Worten gemeint, daß man "das Gewehr in die Hand nehmen muß, wenn man will, daß es keine Gewehre mehr geben soll" (26).

Seit Mitte der siebziger Jahre hat China zunehmend von der Linken auf die Rechte Strategie umgeschaltet, arbeitet also heute mit den Regierungen zusammen - auf Kosten der "Befreiungsbewegungen". Nur an wenigen Punkten (so z.B. in Kambodscha) leistet China noch Unterstützungshilfe im herkömmlichen Sinn der Linken Strategie.

Im übrigen aber zeigt das "Umpolen" zur Rechten Strategie deutlich, daß China grundsätzlich das Interesse an revolutionären Kleinkriegen verloren hat.

Die "pragmatische" gewordene Haltung Chinas in der Friedenserhaltungsfrage zeigte sich Ende 1981 auch darin, daß es seine Beiträge für die UNO-Friedenstruppen nachentrichtete.

Von Anfang an (1971 ff.) hatte Beijing sich beharrlich geweigert, an der Abstimmung über die Erteilung oder die Verlängerung von Mandaten für UNO-Friedenstruppen teilzunehmen, geschweige sich daran finanziell zu beteiligen.

Dies hatte sich insofern negativ ausgewirkt, als seit 1973 immerhin drei "UN Peace-keeping Forces" in den Mittleren Osten entsandt worden waren, nämlich die UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL), die UN Disengagement Observation Force (UNDOF) auf den Golan-Höhen und die 2nd UN Emergency Force im Sinai.

Die Beitragsnachentrichtung Ende 1981 mag nun zwar einerseits dadurch veranlaßt worden sein, daß nach Art.19 der UNO-Satzung derjenige Staat sein Abstimmungsrecht in der UNO-Generalversammlung verliert, dessen Beitragsrückstände genauso hoch oder höher sind als seine in den beiden zurückliegenden Jahren zu leistenden Beiträge. Damit wäre mit Beginn des Jahres 1982 der Stimmverlust Chinas in der Vollversammlung eingetreten.

Der chinesische Vertreter erklärte jedoch, daß nicht diese drohende Folge für die Nachentrichtung maßgebend sei, sondern vielmehr die Einsicht Chinas, daß die "friedenserhaltende Rolle" der UNO-Friedenstruppen "angesichts des grundlegenden Wandels in der internationalen Situation" neu überdacht werden müsse. China wolle in Zukunft eine "flexiblere Haltung" einnehmen, und zwar auf einer "Von-Fall-zu-Fall-Basis" (27).

3. Von der instrumentalen zu einer strategischen Konzeption der chinesischen Abrüstungsbeiträge

In den sechziger und siebziger Jahren konnte sich der außenstehende Beobachter häufig des Eindrucks nicht erwehren, daß China seine Abrüstungsvorschläge eher als Mittel zum Zweck (scil. An-die-Wand-Spielen der Supermächte, vor allem der Sowjetunion) denn als Selbstzweck vorbrachte. Diesen Eindruck vermittelten nicht nur das permanente Laborieren mit Maximalforderungen, die in dieser Form unmöglich zu einem praktischen Ergebnis führen konnten, sondern auch Chinas Beiträge zur Diskussion um den "Aggressions"-Begriff.

Die "Aggression" ist Dreh- und Angelpunkt der UNO-Charta und der gesamten Friedenssicherungsproblematik. Nach Art.1 der Charta ist es Ziel der UNO, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um entweder einer Bedrohung des Friedens vorzubeugen oder eine Angriffshandlung zu entschärfen. Ob eine solche "Angriffshandlung" vorliegt, muß vom Sicherheitsrat festgestellt werden, der dann auch Ratschläge erteilt oder entscheidet, welche Maßnahmen zu ergreifen sind (Art.39, UNO-Charta). Was "Aggression" ist, wird also in der Praxis vom Sicherheitsrat bestimmt, in dem ja, zum ständigen Ärger Beijings, die beiden Supermächte beherrschenden Einfluß ausüben und in dem sie seit Jahren jede Anti-Kriegs-Maßnahme durch ihr Veto blockieren.

Kein Wunder, daß die Diskussion um die Definition der "Aggression" so alt ist wie die UNO selbst und daß diese hier besonders kräftig eingehakt hat.

Anfangs standen sich drei grundverschiedene Rechtsauffassungen gegenüber: Die Juristen aus dem römischen Rechts-Kreis suchten eine möglichst kurze, in sich vollständige Generaldefinition. Die sowjetische Seite andererseits wünschte eine enumerative Definition, die sich durch Aufzählung einer Unzahl von Aggressionsmöglichkeiten und durch kasuistische Ausarbeitungen bewähren sollte. Die Vertreter aus dem angelsächsischen Rechts-Kreis schließlich wollten die Praxis zum Vater der Definition werden lassen (Case-Law-Denken).

Diesen drei verschiedenen Versionen fügte die VR China später eine vierte hinzu. Bei den UNO-Diskussionen über den Aggressionsbegriff im November 1973 schlug der chinesische Vertreter vor, daß nicht die Supermächte - als die eigentlichen Verursacher von Kriegen - über das Vorliegen einer "Aggression" befinden sollten, sondern in Zukunft sämtliche Mitglieder der UNO, ob groß oder klein. Die Entscheidung über das Vorliegen einer Angriffshandlung soll m.a.W. nicht aufgrund einer allgemeinen oder enumerativen Definition, sondern auf der Basis eines gemeinsamen Sich-Zusammenredens - m.a.W. also dezisionistisch - getroffen werden. China wollte hier m.a.W. die in der innerchinesischen Praxis so bewährte Methode der "Massenlinie" auch auf den UNO-Bereich übertragen. Es hätte damit erreicht, daß die beiden Supermächte in jedem anstehenden

"Aggressions"-Fall den bohrenden Fragen und vielleicht sogar der Fundamentalkritik der UNO-Gemeinschaft ausgeliefert worden wären (28).

Ansätze dieser Art liegen auch in der chinesischen Forderung nach einer "Demokratisierung" nicht nur der UNO (d.h. einer Aufwertung der Generalversammlung bei gleichzeitiger Abstufung des Sicherheitsrats), sondern auch der Abrüstungsdiskussion, wie sie im Vorschlag von 1979 enthalten ist.

Setzen sich solche Vorstellungen Chinas durch, so würde jede Sicherheitsdiskussion am Ende zu einem Weltgericht über die beiden Supermächte. Letztlich würde der "Antihegemonismus" damit die Sicherheits- und Abrüstungsdiskussion im engeren Sinne überlagern.

Die eigentliche Abrüstung verlöre damit Konturen und würde aufs äußerste relativiert.

In der Zwischenzeit zeigt es sich, daß China die Gefährlichkeit von Atomwaffen ganz anders einschätzt als noch in den sechziger Jahren und daß es deshalb an einer Abrüstung sehr wohl interessiert ist, ja sogar Gespräche wie die START-Verhandlungen grundsätzlich bejaht.

Abrüstungsgespräche haben damit auch aus chinesischer Sicht ihren Alibicharakter verloren und Eigenwert angenommen. Sie sind nicht mehr nur taktisches Mittel, um die Hegemonialmächte an die Wand zu drücken.

4. Neueinschätzung der "Entspannung"

"Entspannung" war aus chinesischer Sicht lange Zeit nichts anderes als "Kapitulationismus". Mit seinem Kampf gegen den "Geist von München" hat China sich auch gegen die "Entspannung" ausgesprochen - meist in abstraktem Kontext.

Kommen chinesische Kommentatoren neuerdings auf konkrete Zusammenhänge zu sprechen, so klingen ihre Aussagen wesentlich differenzierter. Das Thema "Entspannung" wird z.B. von Guo Fengmin, dem stellvertretenden Leiter des Instituts für Internationale Fragen, in der Vierteljahres-Zeitschrift "Studien internationaler Probleme" (29) angesprochen, und zwar bei der Behandlung der "Grundzüge in der Außenpolitik westeuropäischer Staaten". Die "Entspannung" in Europa habe viele Väter:

- Da sei einmal das vorherrschende Wohlstandsdenken, das dazu führe, daß niemand gerne Geld für das Militärbudget abzwinge.

- Zum ändern werde die europäische Bourgeoisie durch die sowjetischen Rohstoffe, vor allem durch Erdgas, gelockt.

- Schließlich solle die "Entspannung" dazu beitragen, die auf der Konferenz von Jalta festgelegte bipolare Herrschaftsteilung Europas zu überwinden. U.a. erhoffe man sich nicht nur eine Aufweichung der sowjetischen Haltung, sondern auch eine Beeinflussung Osteuropas. Falls Osteuropa im Zuge der "Entspannung" relative Unabhängigkeit

gegenüber der Sowjetunion erlangen könnte, so entstünde hier eine geographische Pufferzone zwischen Westeuropa und der Sowjetunion, wodurch die strategische Lage des europäischen Westens eine grundlegende Änderung erführe. Aus diesem Grunde auch sei schon de Gaulle gegenüber der Sowjetunion vom Kalten Krieg zum Dialog übergegangen und habe 1966 "Entspannung, Versöhnung und Zusammenarbeit" sowie ein "Europa der Europäer vom Atlantik bis zum Ural" befürwortet. Auf den gleichen Spuren sei 1966 Willy Brandt mit seiner neuen Ostpolitik gegangen, in deren Gefolge die DDR anerkannt wurde. Die KSZE-Gipfelkonferenz von 1975 sei eine weitere Konsequenz dieses Entspannungskurses gewesen und sollte zu einer wechselseitigen Durchdringung und Beeinflussung des Westens und der Sowjetunion, West- und Osteuropas führen.

Aus chinesischer Sicht hat diese Entspannungspolitik einen wesentlichen Haken, da sie nämlich die Aufrechterhaltung des west-östlichen Militärgleichgewichts - und zwar sowohl des globalen wie des europäischen - voraussetzt. Damit aber hängt die Fortführung der "Entspannung" von sehr vielen Faktoren ab, die außerhalb der Kontrollmöglichkeiten westeuropäischer Staaten liegt.

Die Sowjetunion habe im Zuge der "Entspannungs"-Politik ihre Einflußmöglichkeiten auf Westeuropa denn auch enorm vermehrt und u.a. mit ihrer "Friedensoffensive" Einbrüche erzielt. "Entspannung" sei also höchst gefährlich und höchst zwiespältig.

Letztlich könne sie nur dann zum Erfolg führen, wenn Europa - wie China es wünscht - eines Tages jene Unabhängigkeit und Selbständigkeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet erreicht, die ihm von seinen Möglichkeiten her eigentlich in die Wiege gelegt ist. Für ein EVG-Europa wäre "Entspannung" also vielleicht eine Möglichkeit - nicht aber für das gegenwärtige so zerrissene Europa. Immerhin: Auch hier vollzieht sich eine Neueinschätzung, die langsam vorankommt und die zeigt, daß China die Weltlage heute wesentlich differenzierter einschätzt als noch vor zehn Jahren.

5. Einbettung der Abrüstungsproblematik in die Debatte um eine neue Weltwirtschaftsordnung: nicht nur ein Ost-West-, sondern auch ein Nord-Süd-Problem

Wie bereits der Gesamtabrüstungsvorschlag von 1979 zeigt, ist China geneigt, einen Zusammenhang zwischen überzogenen Rüstungsausgaben und Ausgabedefiziten für die Entwicklungspolitik herzustellen: Eingesparte Rüstungs-Millionen sollten künftig den Entwicklungsländern zugute kommen. Abrüstung sei genauso wenig aufschiebbar wie die drei großen Änderungen in der Weltwirtschaft, der Weltwährungspolitik und der Weltentwicklungspolitik (30). China betont hier zwar immer wieder die Forderung nach kollektiver Selbsthilfe der Entwicklungsländer und legt auch großen Wert auf gesteigerte Süd-Süd-Zusammenarbeit (31), fordert aber ergänzend verstärkte Unterstützung durch die wohlhabenden Länder,

und zwar nach Maßgabe der "Deklaration und des Aktionsprogramms für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung" (32).

In einem Satz zusammengefaßt, läßt sich das chinesische UNCTAD-Programm folgendermaßen formulieren: primär Selbsthilfe, sekundär Hilfe zur Selbsthilfe, wobei letztere durch Rüstungseinsparungen zu finanzieren ist. Abrüstung: nicht nur ein Ost-West-, sondern auch ein Nord-Süd-Problem!

IV. Der Abrüstungsappell richtet sich nur an die anderen, nicht an (das sich gerade selbst militärisch modernisierende) China selbst

Sieht man einmal von dem Reduktionsangebot ab, das China in seinem Abrüstungsvorschlag von 1982 eingebaut hat und das freilich nicht so sehr ernst genommen zu werden braucht, da China ja als Vorbedingung eine 50%ige Abrüstung der beiden Supermächte verlangt, so sind alle Abrüstungsvorschläge Chinas nur auf eine Abrüstung der anderen, vor allem der beiden Supermächte, ausgerichtet. Wie oben (II) bereits erwähnt, darf es nach chinesischer Auffassung bei der Abrüstung kein Gleichheitsprinzip geben. Vielmehr sind die Supermächte mit ihren "Superarsenalen" zu Vorleistungen aufgerufen. Da China hier gleich eine 50%-Forderung vorlegt, wird es noch lange warten müssen, ehe die beiden Großmächte sich auf solche Vorstellungen auch nur annähernd einlassen.

Gleichzeitig denkt Beijing gar nicht daran, der Entwicklung und "Modernisierung" des eigenen Militärapparats auch nur die geringsten Grenzen zu ziehen - es sei denn jene Grenzen, die durch den schmalen Haushalt (die direkten Militärausgaben schwanken hier um die Summe von jährlich 20 Mrd. Yuan) gesteckt sind. Jeder weitere Ausbau der VBA wird mit Verteidigungsargumenten gerechtfertigt - ebenso wie bisher noch jede neuerprobte A- oder H-Bombe. China rüstet also nicht auf, um am Ende abzurüsten (diese Pathologie des Rüstungswettlaufs ist dem heutigen chinesischen Denken ganz und gar fremd), sondern um näher zum Potential der beiden Supermächte aufzuschließen. Bis zur Herstellung der Waffengleichheit mit den beiden Supermächten (in Offensive oder aber nur Defensive) ist allerdings noch ein Langer Marsch zurückzulegen (33). Daß China nie zu einer "Supermacht" - und damit auch nicht zu einer Militär-Supermacht - werden will, ist einstweilen noch eiserner Deklarationsgrundsatz Beijings. Ob dieser Vorsatz auch dann noch standhält, wenn die Volksrepublik eines Tages in der Lage wäre, auch waffentechnisch mit den beiden Supermächten gleichzuziehen, ist eine Frage, die mit Sicherheit erst in Zukunft beantwortet werden, die man aber auch heute schon mit einem doppelten Fragezeichen versehen kann.

Anmerkungen:

- 1) XNA, 12.6.82.
- 2) Ebenda.
- 3) RMRB, 8.6.82.
- 4) RMRB, 2.7.82.
- 5) RMRB, 8.6.82.

- 6) Zu den Begriffen "außen- und innen geleitet" vgl. Manfred G.Schmidt, "Bestimmungsfaktoren des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West" in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/81, S.3 ff.
- 7) Hans Rattfänger, "Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollrezepte" in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/81, S.21 ff.
- 8) Einzelheiten mit Nachweisen in Current Scene, Vol.III, Nr.16, 1.4.65.
- 9) Peking Review 1963, Nr.31, S.7 f.
- 10) Peking Review 1964, Nr.43, S.6.
- 11) PRu 1971, Nr.49, S.14-18.
- 12) C.a. 1974, S.740 und S.76.
- 13) Aspekte dieser Entwicklung sind dargestellt bei Werner Pfeifenberger, Die UNO-Politik der Volksrepublik China, Erlenbach, Zürich und Konstanz 1978, S.80 ff.
- 14) XNA, 16.5.79.
- 15) RMRB, 8.6.82.
- 16) XNA, 10.6.79.
- 17) XNA, 1., 2., 8., 11., 12., 16., 19. und 23.5.79.
- 18) BRu 1982, Nr.10, S.3.
- 19) XNA, 22.10.81.
- 20) BRu 1982, Nr.19, S.9.
- 21) RMRB, 22.6.82.
- 22) Die Welt, 21.5.82.
- 23) Der Spiegel, 23.11.81, mit Umfrageergebnissen.
- 24) BRu 1982, Nr.10, S.3.
- 25) Näheres dazu Oskar Weggel, Die Außenpolitik der VR China, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, S.45 ff.
- 26) Näheres zu dieser Frage: Oskar Weggel, "Der gerechte Krieg als höchste Form der Revolution; die Haltung der VR China zur Friedens- und Kriegsproblematik", C.a., April 1978, S.183-187, mit Nachweisen.
- 27) XNA, 11.12.81; C.a., Dezember 1981, Ü 7, mit weiteren Einzelheiten.
- 28) Einzelheiten dazu Oskar Weggel, "Der gerechte Krieg...", C.a., April 1978, S.183 ff.
- 29) 1981, Nr.2; BRu 1982, Nr.4, S.18 ff., und Nr.5, S.8 ff.
- 30) Näheres in C.a., Mai 1979, Ü 20.
- 31) Vgl. z.B. BRu 1982, Nr.26, S.10 ff.
- 32) Abgedruckt in C.a., Juni 1974.
- 33) Näheres dazu, vor allem zu den benötigten Summen, vgl. Oskar Weggel, "Die militärische Modernisierung der VR China", II. Teil, C.a., Januar 1980, S.38-60 (39 f.).

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Die Renaissance der Produktions- und Aufbaukorps

*
*

I. Geschichte, Untergang und Neugründung des Produktions- und Aufbaukorps in Xinjian (fortan "PAKs")

Die PAKs (shengchang jianshe bingtuan) sind halb militärische, halb zivile Organisationen mit universalem Pioniercharakter, wie sie nur in der spezifischen Atmosphäre abgelegener Landschaften aufkommen konnten, die mit Minderheiten durchsetzt, wirtschaftlich rückständig und von außen durch eine Großmacht - die Sowjetunion - bedroht waren. Xinjiang war hierfür wie geschaffen.

Formell wurden die PAKs zwar erst i.J. 1954 gegründet (1), doch gingen die Anfänge dieser Organisation bis zum Jahre 1949 zurück, als die 2. und die 6.Armee der Ersten Armeegruppe unter der Führung Peng Dehuais und Wang Zhens nach Xinjiang einmarschierten, wo sich ihnen die Truppen des "patriotischen" Guomindang-Generals Tao Shiyue sowie des Guomindang-Gouverneurs Burhan anschlossen. Obwohl sich Guomindang-Widerstandszellen vor allem im Westen - u.a. auch in Xinjiang - noch über die Jahre hinhielten, war der Kampfauftrag der Truppen mit der Eroberung Xinjians im wesentlichen beendet.

Da die innere Situation (zahlreiche Minoritäten), aber auch die äußere Lage (Sowjetunion an den Grenzen) unsicher war, gab es für die Truppen kein Zurück. Sie mußten an Ort und Stelle bleiben, die Aufsicht über die freiwillig übergelaufenen - mehr oder weniger aber doch gefangengenommenen - Guomindang-Einheiten führen, für die nötige Logistik sorgen und vor allem Aufbauarbeit leisten. Xinjiang lebte in den ersten Jahren nach der "Befreiung" noch fast ausschließlich von Viehzucht - sieht man einmal von den traditionellen Seiden-, Baumwoll- und Obstkulturen in den Oasen ab. Wollte man die landwirtschaftliche Produktion ausdehnen, so galt es, Neuland zu erschließen, unterirdische Karez-Aquädukte zu bauen, durch die das Wasser von den Tianshan-Bergen herab zu den Feldern geleitet werden konnte, und Wälder zu pflanzen.

Bereits am 5.Dezember 1949 war Mao Zedongs Direktive über die "Umwandlung der Armee in eine Arbeitskraft" ergangen. Die Truppen der 2. und der 6.Armee innerhalb der Ersten Armeegruppe und die Soldaten des 22.Korps der früheren Guomindang-Einheiten folgten diesem Aufruf.